

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 11 (1970)
Heft: 16

Artikel: Wer sitzt im Obersten Sowjet? : Die Soziographie einer Repräsentationsbehörde
Autor: Revesz, Laszlo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092607>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zweitens liess die Sowjetunion in den Verträgen mit Prag und Bukarest unmissverständlich fixieren, dass ihre Satelliten nun verpflichtet sind, ihr mit all ihren Streitkräften zu Hilfe zu kommen, wenn der Krieg mit China ausbrechen sollte. In Polen sind bereits Stimmen laut geworden, die einen unbegrenzten Beistand im Falle dieses Falles schon aus Dankbarkeit für die Befreiung als Selbstverständlichkeit bezeichnen. Ulbricht, Schiwkoff und Kadar würden auch diesmal mit oder ohne Vertrag ihre «internationalistische» Pflicht erfüllen.

Ein drittes Anzeichen ist der Druck Moskaus auf die arabischen Länder zur Annahme des Rogers-Planes, der für die Sowjetunion vor allem die Eröffnung des Suezkanals als kürzesten Weg der sowjetischen Kriegsflotte zum Indischen Ozean verspricht.

Als vierten Ansatzpunkt für die Existenz eines globalen sowjetischen Befriedigungsplanes sind die Wiener Verhandlungen der Sowjets und Amerikaner über eine Raketenabrüstung zu nennen, die bereits in die Endphase getreten sind.

Schliesslich dürfte der sowjetische Plan der europäischen Sicherheitskonferenz der Vorstellung dienen, dass dadurch im Hinterhof des Kremls zumindest vorläufig für Ruhe gesorgt werden kann. Eigentlich sollte die Vermutung naheliegen, dass die Sicherung ihrer Westflanke den Sowjets auch einen politischen Preis wert sein müsste. Aber solange die westlichen Staaten selbst einander mit Konzessionen an die Sowjetunion überbieten und solange sie höflich darauf verzichten, mit China zu drohen, kann eine solche Vermutung nicht zu Verhandlungsvorteilen führen.

*

Ist übrigens ruhiges Verhalten in dieser Sache das einzige, was sich die Sowjets vom Westen wünschen? Der Gedanke, dass der Westen im Falle einer Auseinandersetzung Moskaus mit Peking die sowjetische Friedensmacht tatkräftig unterstützen sollte, war schon in der Chruschtschew-Ära verbreitet worden. Letztes Jahr warf der Schriftsteller Wosnessenskij in seiner patriotischen Entrüstung über den Ussuri-Zwischenfall sogar die Idee eines gemeinsamen Kreuzzuges gegen die gelbe Gefahr auf: «Müssen wir wieder einmal das Schicksal des Erdballs auf unsern Schultern tragen? Welche Zeiten! Betet für Russland, für unser ungläubiges Schicksal, für unsere Selbstlosigkeit, die ewig ist wie die Sterne. Die Geschosse, die für Wien und Rom bestimmt sind, zerfetzen unser Fleisch. Russland ist der Retter. Die Batu-Khans sollen nur kommen... unter Russlands Schutz kann die Welt ruhig ihre Wege gehen!»

*

Trotz vielfacher militärtechnischer Überlegenheit stellt ein Krieg mit China für den Kreml ein unabsehbares Risiko dar. China ist nicht die Tschechoslowakei, und eine Besetzung des ganzen Landes kommt nicht in Frage. Dass ein Präventivschlag auch nur zur Eroberung der strategischen Nordwestprovinz Sinkiang mit ihren Bodenschätzen und ihren antichinesischen Nationalitäten ein Dauererfolg würde, ist zu bezweifeln. Auch bei diesem beschränkten Kriegsziel wäre die Belastung durch einen chinesisch geführten Guerillakrieg enorm.

Abgesehen vom kaum voraussehbaren Ausgang der militärischen Operationen birgt ein Krieg mit China für die Sowjetunion noch andere unbekannte Faktoren in sich. Die Voraussetzungen von Andrej Amalrik, die für den Fall

eines lange dauernden Krieges mit China den Zerfall des Sowjetreiches verkünden, sind nicht einfach in den Wind zu schlagen. Die potentiell ohnehin sehr starken, wenn auch gegenwärtig hart unterdrückten zentrifugalen Kräfte in den osteuropäischen Staaten würden neue Nahrung erhalten und eventuell eine Explosion herbeiführen.

In dieser Beziehung ist auf den jüngsten China-Besuch des rumänischen Verteidigungsministers hinzuweisen, der in Peking die Freundschaft zwischen der rumänischen und der chinesischen Armee betonte. Die chinesische Waffenbrüderschaft würde Bukarest natürlich im Falle einer sowjetischen Züchtigung à la Prag nicht helfen, aber der Fall zeigt doch, dass der Kreml nur so lange auf die von ihm seinen Bündnispartnern aufgezungenen Verträge bauen kann, als seine Macht über die Satelliten unangefochten ist.

*

Die offensiven sowjetischen Vorbereitungen an der chinesischen Grenze sind potentiell eine Kriegsdrohung, aber vorerst noch eine Machtdemonstration. Worin mündet sie? Die gegenwärtige gespannte Lage zwischen den beiden Grossmächten könnte bestenfalls nur noch mit dem Einfrieren des militärischen Aufmarsches beendet werden. Die Sowjetunion kann vorerst noch auf die voraussichtliche chinesische Krise nach Maos Weggang warten. Aber dafür arbeitet die Zeit in anderer Hinsicht für China. In fünf Jahren wird China laut westlichen Expertisen ein genügendes nukleares Abschreckungsarsenal haben, um militärisch nicht mehr erpresst werden zu können. Somit liegt die kritische Periode in der nahen Zukunft.

Michael Csizmas

Laszlo Revesz

Wer sitzt im Obersten Sowjet?

Die Soziographie einer Repräsentationsbehörde

In seiner Funktion als Parlament ist der Oberste Sowjet der UdSSR belanglos. Er ist erstens keine Volksvertretung, da die Wahlen der von der Partei vorgeschlagenen Kandidaten dem Staatsbürger keine Alternativen bieten: nicht einmal personell und schon gar nicht programmatisch. Er ist zweitens keine legislative Behörde, da er schon formell der «Leitung und Kontrolle» der KP unterstellt ist und somit keine Befugnisse zu eigenem Handeln hat. Wenn im nachstehenden Beitrag die soziale Schichtung des Obersten Sowjets untersucht wird, so ist das deshalb interessant, weil an einem Hauptbeispiel gezeigt wird, nach welchen Kriterien der sowjetische Staat seine Repräsentationsämter verteilt.

Das am 14. Juni 1970 gewählte sowjetische Parlament, der Oberste Sowjet der achten Legislaturperiode, trat Mitte Juli zu seiner konstituierenden Session zusammen. Die erste Legislaturperiode rechnet man von 1937 an, da die Stalinsche Verfassung von 1936 die sowjetische Legislative umorganisierte: An der Stelle der früheren Sowjetkongresse mit einer Kammer wurde der heutige Oberste Sowjet gebildet, welcher zwei Kammern hat: einen Unionsowjet und einen Nationalitätensowjet. Vor 1937 hatten die einzelnen nationalen Staatsgebilde (Unionsrepubliken, autonome Republiken, autonome Ge-

biete und nationale Kreise) keine getrennte, eigene Vertretung in der obersten gesetzgebenden Körperschaft, so dass eigentlich die Struktur der Legislative den Staatsaufbau nicht widerspiegelt. Als Grundlage des staatlichen Aufbaus galt (und gilt) nämlich das nationale Prinzip. Den Nationen und Völkergruppen soll entweder eine Art Eigenstaatlichkeit (Unionsrepublik bzw. autonome Republik) oder eine gewisse Autonomie (autonomes Gebiet, nationaler Kreis) gewährt werden.

Die Reform der Legislative von 1936 führte folgenden Aufbau des Obersten Sowjets ein: Im

Unionsowjet vertritt ein Abgeordneter 300 000 Staatsbürger, während in den Nationalitätensowjet die 15 Unionsrepubliken je 32, die 20 autonomen Republiken je 11, die 8 autonomen Gebiete je 5, die nationalen Kreise je 1 Abgeordneten entsenden.

Die Wahl erfolgt am gleichen Tag in beide Kammern, auf Grund des allgemeinen direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe.

Für jeden Wahlbezirk — sie werden für beide Kammern getrennt gebildet — wird ein Kandidat aufgestellt, wodurch die Zahl der Kandidaten (bzw. der Mandate) und der Wahlbezirke identisch ist. Artikel 141 der Sowjetverfassung garantiert der Partei indirekt das Recht auf die Aufstellung von Kandidaten. Die Wahlbürger haben lediglich das Recht, an den in Betrieben und Wohnbezirken abgehaltenen Wahlversammlungen die von der Partei nominierten Personen zu kritisieren oder sogar abzulehnen (allerdings mit offener Stimmabgabe). Neue Personen darf jedoch nur die Partei nominieren. Die Nominierten werden, nachdem sie von den Wahlversammlungen angenommen sind, von den Wahlkommissionen als offizielle Kandidaten des «Blockes von Kommunisten und Parteilosen» registriert.

Diesmal wurden für den Unionsowjet 767, für den Nationalitätensowjet 750 Wahlbezirke mit gleicher Zahl von Kandidaten aufgestellt, und auch die Zahl der gewählten Abgeordneten macht $767 + 750 = 1517$ aus.

Berufsaufteilung im Obersten Sowjet	Arbeiter	Brigadeleiter (Industrie)	Meister	Direktoren (Industrie)	Kolchosbauern	Brigadeleiter (Kolchosen)	Agronomen, Veterinäre usw.	Kolchospräsidenten	Sowchosarbeiter	Sowchosdirektoren	Brigadeleiter (Sowchosen)	Ingenieure, Konstrukteure	Parteifunktionäre (vollamtlich)	Staatsfunktionäre	Generäle	Wissenschaftler	Lehrer	Künstler, Komponisten	Schriftsteller	Gesellschaftsfunktionäre	Ärzte	Übrige	Total
Unionsowjet	166	37	8	38	58	14	9	45	26	6	5	5	147	102	30	29	6	5	8	5	6	12	767
%	21,64	4,82	1,04	4,95	7,56	1,82	1,17	5,86	3,38	0,78	0,65	0,65	19,16	13,33	3,91	3,78	0,78	0,65	1,04	0,65	0,78	1,56	100
Nationalitätenowjet	130	25	5	10	91	14	11	36	60	7	6	3	92	109	38	25	16	3	23	17	11	8	750
%	17,33	3,33	0,66	1,33	12,13	1,86	1,46	4,80	8,00	0,93	0,80	0,40	12,26	14,63	5,06	3,33	2,13	1,73	3,06	2,26	1,45	1,06	100
Total Oberster Sowjet	296	62	13	48	149	28	20	81	86	13	11	8	239	211	68	54	22	18	31	22	17	20	1517
%	19,57	4,08	0,85	3,16	9,82	1,84	1,31	5,83	5,66	0,85	0,72	0,52	15,80	13,91	4,48	3,55	1,45	1,18	2,04	1,45	1,12	1,31	100

Nach den Wahlen hat die «Prawda» die Liste der Abgeordneten veröffentlicht (17. Juni 1970, S. 1—7), wobei auch der Beruf der Gewählten angegeben wurde. Die Berufssoziographie des neugewählten sowjetischen Parlamentes wird anhand unserer obenstehenden Tabelle veranschaulicht.

Weniger Arbeiter und Bauern, mehr Funktionäre

Artikel 1 der Verfassung erklärt ex cathedra: «Die UdSSR ist ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern.»

Das oberste Staatsorgan scheint jedoch diese konstitutionelle These gewissermassen zu widerlegen, da in ihm die staatstragenden Klassen lediglich mit 35,05 Prozent aller Mandate vertreten sind, während die neue Klasse (Direktoren von Fabriken, Vereinigungen und Sowchos, Kolchospräsidenten, Partei- und Staatsfunktionäre, Generäle, Wissenschaftler, Künstler, Schriftsteller, gesellschaftliche Funktionäre) 52,25 Prozent der Mandate innehat. Auf die «Zwischenschichten» (d. h. Brigadeleiter, Meister, Maschinenführer in den Fabriken, Intellektuelle usw.) entfallen 12,7 Prozent der Mandate.

Die Mandatskommissionen beider Kammern teilten in ihren Rechenschaftsberichten an die entsprechende Kammer («Prawda», 15. Juli 1970, S. 2—3) die Berufssoziographie der Gewählten ebenfalls mit, kamen aber zu anderen Resultaten als die von der Wahlkommission veröffent-

lichte Abgeordnetenliste. Um die führende Rolle von Arbeitern und Bauern «auch» im Parlament zu zeigen, zählten sie die Brigadeleiter, Maschinenführer (Operatoren), Abteilungs- und Werkstätteleiter ebenfalls zu dieser Gruppe. So ergeben sich folgende (offizielle, der Wirklichkeit aber widersprechende) Zahlen:

Unionsowjet: 253 Arbeiter, 127 Kolchosbauern = 380 (49,54 Prozent).

Nationalitätenowjet: 228 Arbeiter, 155 Kolchosbauern = 383 (51,06 Prozent).

Oberster Sowjet: 481 Arbeiter, 282 Kolchosbauern = 50,29 Prozent.

Nach Geschlecht und Alter

Die Frauen sind im Unionsowjet mit 232 Personen (30,3 Prozent), im Nationalitätenowjet mit 231 Personen (30,8 Prozent) vertreten. Das Gewicht der Frauen ist aber wesentlich kleiner als ihre zahlenmässige Stärke. In den einflussreichen Berufskategorien sind sie nämlich kaum vertreten.

Während von den 296 Arbeitern 142 Frauen sind, gibt es unter den 62 Brigadeleitern in der Industrie nur 8 Frauen, unter den Meistern und Betriebsdirektoren gar keine. Während von den 149 Kolchosbauern 101 Frauen sind, gibt es unter den 81 Kolchospräsidenten nur 5 Frauen. Während die Frauen unter den Sowchosarbeitern mit 64 von insgesamt 86 vertreten sind, gibt es unter den Sowchosdirektoren keine Frau. Unter den Generälen findet man natürlich ebenfalls keine Frau, und auch in der Kategorie der

Partei- und Staatsfunktionäre gibt es lediglich 10 Frauen auf 450 usw.

Die altersmässige Zusammenstellung im Obersten Sowjet ist folgende: unter 30 Jahren 281 (18,5 Prozent), zwischen 31 und 40 Jahren 349 (23,1 Prozent), zwischen 41 bis 50 Jahren 386 (25,4 Prozent) zwischen 50 und 60 Jahren 329 (21,7 Prozent), über 60 Jahren 172 (11,3 Prozent).

Der Bildungsstand der neuen Parlamentarier ist im allgemeinen hoch, was ebenfalls darauf hinweist, dass ein beträchtlicher Teil der Arbeiter-Abgeordneten (nach der offiziellen Aufstellung) mindestens Mittelschulbildung hat. Im Unionsowjet haben 82,4 Prozent der Abgeordneten Hoch- oder Mittelschulbildung, im Nationalitätenowjet 79,5 Prozent.

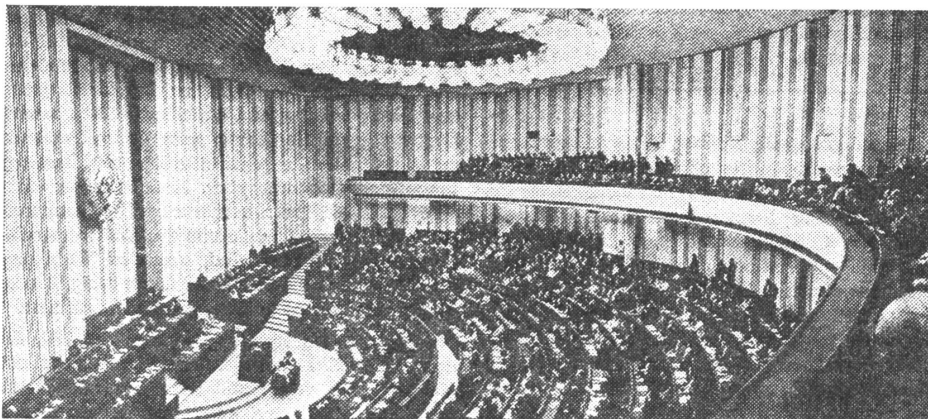
Ein grosser Teil der Abgeordneten ist Mitglied irgendeiner Kommission, wodurch hauptsächlich die kontrollierende Rolle des Parlamentes zum Ausdruck gebracht wird. Beide Kammern bildeten folgende Kommissionen mit zahlenmässig gleicher Vertretung:

Für Gesetzesvorlagen je 35 Mitglieder, Plan und Budget je 51, Aussenpolitik je 32, Jugend je 31, Industrie je 41, Transport- und Fernmeldewesen je 33, Bauwesen und Baumaterialienindustrie je 33, Landwirtschaft je 41, Gesundheitsschutz und Sozialversicherung je 31.

Der erste Schritt des neuen Parlamentes war die Verabschiedung eines neuen Gesetzbuches: Unionsgesetz über die Grundlagen der arbeitsrechtlichen Gesetzgebung der Union und der Bundesrepubliken. Auf dieser Grundlage müssen nahher die einzelnen Unionsrepubliken die einzelnen Arbeitsgesetzbücher verabschieden. Gleichzeitig wurden ein neues Präsidium des Obersten Sowjets und ein neuer Ministerrat gewählt.

Zum Schluss sei auf die parteimässige Zusammenstellung des neuen Obersten Sowjets hingewiesen: Von den 767 Mitgliedern des Unionsowjets sind 562, d. h. 73,8 Prozent, Parteimitglieder. Im Nationalitätenowjet ist die Partei durch 534 Mitglieder, d. h. 71,2 Prozent, vertreten. Insgesamt entfallen also 1096 Kommunisten auf 420 Parteilose. Vergleichsweise kann erwähnt werden, dass unter Chruschtschew 70 Prozent der Abgeordneten Kommunisten waren (Wahlen im März 1962).

Das neue Parlament wird die führende Stellung der «neuen Klasse» noch mehr ausbauen, da in ihm die Zahl ihrer Vertreter grösser ist als in den früheren Legislaturperioden. ■



Erste Session des neubestimmten Gremiums 1970. Wer repräsentiert hier?